



Rebecca Harms

Vorsitzende der Grünen EFA im
Europäischen Parlament



Manuel Sarrazin

Mitglied des Bundestages
Mitglied im Europaausschuss

Europäisches Parlament
ASP 05 F 241
60 Rue Wiertz
B-1047 Bruxelles
Tel: 0032.2.28-45695
Fax: 0032.2.28-49695
E-Mail: rebecca.harms@europarl.europa.eu

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 0049 (0)227-71736
Fax: 0049 (0)227-76737
E-Mail: manuel.sarrazin@bundestag.de

Die Zukunft der Östlichen Partnerschaft - Beitrag zum Review-Prozess der EU Kommission

Nach 2011 steht die Europäische Nachbarschaftspolitik erneut auf dem Prüfstand. Im Rahmen des öffentlichen Konsultationsprozesses, den die Kommission durchführt möchten wir uns mit diesem Beitrag an der Konsultation beteiligen. Angesichts der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und den durch Russland geführten Krieg in der Ost-Ukraine und den aktuellen Entwicklungen in den Ländern der östlichen Nachbarn der EU, steht die europäische Friedensordnung vor Herausforderungen wie nie zuvor seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Deshalb konzentrieren wir uns auf die Östliche Partnerschaft.

Angesichts der Spannungen mit Russland und den nach nunmehr sechs Jahren in ihren Erfolgen eher durchwachsenen Assoziierungsprozessen, stellt sich die Frage nach einer Neujustierung der Östlichen Partnerschaft. Nur durch eine Strategie der EU, die eine Beitrittsperspektive für die Länder der Östlichen Partnerschaft verspricht und alle Anstrengungen dafür unternimmt in ihrer Nachbarschaft zu werteorientierten Transformationsprozessen beizutragen, kann es ihr gelingen, den Wohlstand und Frieden in der Region der Östlichen Partnerschaft zu stärken. Die EU muss sich nach über zehn Jahren Nachbarschaftspolitik jetzt endlich zu den eigenen strategischen Interessen in der Region offen bekennen und diese auch den Partnern und Russland gegenüber klarstellen. Ein weiteres langes Abwarten bei der Festlegung dieser wird am Ende negative Fakten schaffen und die Destabilisierung der Region indirekt mit vorantreiben. Allzu oft hatte ein zu starrer Blick auf die rein technische Umsetzung der Assoziierungsabkommen vergessen lassen, warum die Gesellschaften in den Partnerländern nach einer engeren Bindung oder einem Beitritt zur Europäischen Union streben. Es sind vor allem die europäischen Werte, die die Menschen teilen und in ihren Ländern umgesetzt sehen wollen. Sie sind die Garanten für Wohlstand und Frieden.

1.) Es ist abzusehen, dass eine Nachbarschaftspolitik mit den östlichen Partnerländern ohne das Inausichtstellen einer Beitrittsperspektive die proeuropäischen Zivilgesellschaften in den Nachbarstaaten schwächt und anstatt die Staaten auf einen Reformweg zu bringen, sie anfällig für die Einflussphärenpolitik Moskaus macht. Es war ein folgenschwerer Fehler, die Nachbarschaftspolitik 2004 ohne eine klare Aussage zu einer künftigen Beitrittsperspektive der östlichen Nachbarschaft gestartet zu haben. Diesen Fehler darf die Europäische Union nicht wiederholen. Die Länder, die die vereinbarten Reformen erfolgreich umsetzen, müssen langfristig eine Beitrittsperspektive erhalten.

2.) Die EU sollte stärker als bisher darauf aufmerksam machen, dass ihre Werte- und Gemeinschaftsstandards auch für die Regierungen der östlichen Partnerländer gelten und diese deutlich einfordern, vor allem wenn es um Fragen von Rechtsstaatlichkeit und Korruption geht. Sie sollte bei der Implementierung des DCFTA besonders auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung Wert legen. Dringend erforderlich ist eine höhere finanzielle und technische Unterstützung der Nachbarstaaten, um soziale Härten bei der Umsetzung des Freihandelsabkommens abfedern zu können. Die Umsetzung des DCFTA darf nicht mit einem Sozialdumping und geringeren ökologischen Standards einhergehen. Schüsselsektoren sind der Energie- und Umweltbereich.



Rebecca Harms

Vorsitzende der Grünen EFA im
Europäischen Parlament



Manuel Sarrazin

Mitglied des Bundestages
Mitglied im Europaausschuss

3.) Die erschütternden Ereignisse auf dem Maidan in Kiew haben vor Augen geführt, dass die EU bei der Umsetzung der Transformations- und Reformagenda in den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu lange hauptsächlich auf die Herrschaftseliten und nicht genügend auf die Einbindung der Zivilgesellschaften in diesen Prozessen gesetzt hat. Die EU benötigt eine neue Strategie, die die Entwicklung und Förderung von unabhängigen zivilgesellschaftlichen Kräften in jedem einzelnen Land der Östlichen Partnerschaft in den Fokus rückt, in den Aufbau wirklich unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteure in den jeweiligen Ländern investiert und diese in den nationalen politischen Kontexten gegenüber den herrschenden Eliten stärkt. Die EU muss eigene Kanäle in die Gesellschaften entwickeln, die nicht in Abhängigkeit oder Abstimmung mit der jeweiligen Regierung stehen und diese institutionalisieren. Es geht auch darum den Menschen in den Partnerländern verständlich zu machen, dass sie und die von ihnen gewählten politischen Vertreter selbst darüber verfügen, wie schnell der Reform- und Transformationsprozess von statten geht und ob am Ende dieses Prozesses ein Beitritt oder eine engere Zusammenarbeit mit der EU stehen. Das bisherige "Eastern Partnership Civil Society Forum" reicht hierfür nicht aus und muss zielgenauer auf die Teile der Zivilgesellschaft abzielen, die unabhängig sind. Die Arbeit des Europäischen Demokratiefonds (European Endowment for Democracy EED) sollte finanziell gestärkt werden und weiterhin den Aufbau demokratischer zivilgesellschaftlicher Organisationen unterstützen. Um die Ziele in der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit erreichen zu können sind die Mittel mit zwei Milliarden Euro pro Jahr für die südlichen und östlichen Nachbarn der EU nicht ausreichend. Der Review-Prozess sollte Auskunft darüber geben, wie viel finanzielle Unterstützung benötigt wird, um eine adäquate Finanzierung der ENP zu gewährleisten und die Mittel sollten entsprechend erhöht werden.

4.) Die Östliche Partnerschaft steht für ein fortgesetztes Unterstützungsversprechen der EU, sie ist aber keineswegs eine auf Ausgrenzung von Russland ausgerichtete Initiative. Die wirtschaftliche und politische Assoziierung mit der EU schließt eine enge Zusammenarbeit zwischen den Partnerländern und Russland nicht aus, sondern erlaubt ihr beispielsweise explizit, Freihandelsabkommen mit den Staaten der Eurasischen Wirtschaftsunion abzuschließen. Die Europäische Union sollte die Östliche Partnerschaft dazu nutzen, die Zusammenarbeit in der östlichen Nachbarschaft zu stärken. Dass beinhaltet auch eine verstärkte Kooperation mit den „Nachbarn der Nachbarn“. Jedoch steht außer Frage, dass Russland keinen Einfluss auf die souveränen und demokratischen Entscheidungen der Menschen in den Nachbarschaft nehmen darf. Die EU sollte parallel zur Politik der Östlichen Partnerschaft offensiv Angebote an Russland formulieren. Natürlich ist für Sicherheit und Stabilität in der Region grundsätzlich eine Kooperation mit Russland anzustreben. Deswegen sollten die Wirtschaftskooperationen wie zum Beispiel eine vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) aus der Politik der Östlichen Partnerschaft ebenso Russland angeboten werden. Im Gegenzug sollte dieses Angebot allerdings an konkrete russische Schritte des Entgegenkommens gebunden sein, die der Politik der Östlichen Partnerschaft insgesamt dienen. Zuallererst müsste das Angebot eine vollständige Umsetzungen der Vereinbarungen von Minsk verlangen und folgend auch anderen Maßnahmen zur Stärkung der territorialen Integrität der Ukraine oder der Energiesicherheit von anderen Ländern in der Östlichen Partnerschaft. Außerdem sollte die Europäische Union ihren Dialog mit und ihre Unterstützung für die kritische russische Zivilgesellschaft intensivieren.

5.) Die Europäische Union sollte stärker als bisher ihre Beziehungen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft nach dem „more for more“ Prinzip ausgestalten. Länder die Assoziierungsabkommen unterzeichnet haben oder bereit sind ihre Zusammenarbeit mit der EU zu verstärken und Reformen zügig umzusetzen, sollten mehr finanzielle Unterstützung bekommen, als Länder die nicht bereit sind die Reformagenda der EU mitzutragen. Die Europäische Union sollte neue Möglichkeiten entwickeln,



Rebecca Harms

Vorsitzende der Grünen EFA im
Europäischen Parlament



Manuel Sarrazin

Mitglied des Bundestages
Mitglied im Europaausschuss

die Beziehungen mit den Ländern, die keine Assoziierungsabkommen unterzeichnet haben wie Armenien zu institutionalisieren. Eine Neuausrichtung der Beziehungen mit diesen Ländern könnte der Abschluss eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) neuen Typs sein. Das PKA müsste eine gemeinsame Verpflichtung auf europäische Werte wie Demokratie und Menschenrechte beinhalten und könnte zusätzlich eine Wirtschaftskooperation oder den Abschluss eines Freihandelsabkommens, je nach Erfolg und Umsetzung der europäischen Reformagenda, in Aussicht stellen.

6.) Energiesicherheit muss zu einem Kernthema der Zusammenarbeit innerhalb der Östlichen Partnerschaft werden. Die Länder der ÖP sollten Teil einer reformierten Europäischen Energie Union werden, die langfristig auf Erneuerbare Energien setzt. Dafür sollten sie und die Mitgliedstaaten der EU schrittweise die Energieabhängigkeit gegenüber Russland und gegenüber Fossilen Energieträger im Einklang mit den europäischen Energie- und Klimaziele reduzieren. Die Länder der Östlichen Partnerschaft sollten auch an der UN-Klimakonferenz in Paris teilnehmen und sich konstruktiv am Zustandekommen eines verbindlichen Klimaabkommens beteiligen.

7.) Die Freiheit, Grenzen zu überschreiten, ist ein europäischer Wert, der nicht nur für Waren, Güter und Dienstleistungen, sondern insbesondere auch für die Menschen gilt. Diese Freiheit fördert das Gefühl der Zusammengehörigkeit in Europa und stärkt europäische Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Pluralismus. Neben Moldau benötigen auch die anderen Länder der Östlichen Partnerschaft dringend Reisefreiheit für ihre Bürgerinnen und Bürger. Denn Reisefreiheit ist wichtig, um den Austausch zu fördern und offene Gesellschaften konkret erlebbar zu machen und so die demokratische Transformation in den Nachbarländern zu unterstützen. Visafreies Reisen für alle Menschen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft sollte schnellstmöglich eingeführt werden.

Rebecca Harms Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA

Manuel Sarrazin, MdB